

Antrag - öffentlich nach § 48 Abs. 2 Satz 1 GO NRW
Drucksachen-Nr. 1611494
Externes Dokument

Antragsteller/in	Stv. Beu und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stv. Reinsberg, Stv. Moll und CDU-Fraktion Stv. Thomas und FDP- Fraktion	Eingangsdatum	
gez.	Stv. Reinsberg Stv. Beu	10.05.2016	
f.d.R.	Bzv. Thomas Georg Fenninger Beate Moser Achim Haffner	Ratsbüro	
22.03.2016			
Datum	Unterschrift		

Betreff Betriebliches Mobilitätsmanagement in Bonn
--

* Zuständigkeiten	1 = Beschluss 5 = Anreg. an Rat	2 = Empf. An Rat 6 = Anreg. an HA	3 = Empf. an HA 7 = Anreg. an FachA	4 = Empf. an BV 8 = Anreg. an OB
-------------------	------------------------------------	--------------------------------------	--	-------------------------------------

Gremium	Sitzung	Ergebnis	Z. *
Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz	16.06.2016		3
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeitsförderung	25.08.2016		3
Hauptausschuss	15.09.2016		1

Inhalt des Antrages

1. Die Verwaltung wird beauftragt, über die Entwicklung der verkauften Jobtickets bzw. die dahinter stehenden Verträge im Bereich der Stadt Bonn zu berichten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der SWB Stadtwerke Bonn Verkehrs-GmbH aufzuzeigen, ob und wie durch geeignete Maßnahmen die Quote von Unternehmen, die das Jobticket abnehmen, erhöht werden kann. Um dies zu erreichen, greift die Verwaltung auf die Angebote der Koordinierungsstelle für Mobilitätsmanagement des Landes NRW, dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg, (siehe:
<https://www.vrsinfo.de/service/mobilitaetsmanagement/zukunftsnetz>

[mobilitaet-nrw.html](#)) zu, um den Unternehmen in Bonn ein betriebliches Mobilitätsmanagement anzubieten.

3. Die Verwaltung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung, Planungsamt und der SWB Stadtwerke Bonn Verkehrs-GmbH ein Konzept zu erstellen, wie geeignete Unternehmen zur Teilnahme am Programm Mobil-Pro.Fit gefunden werden können. Für die Akquise von Unternehmen wird die Unterstützung der Koordinierungsstelle für Mobilitätsmanagement des Landes NRW, dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg, in Anspruch genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, selbst auch an dem Projekt Mobil-Pro.Fit teilzunehmen. Es wird angeregt, dass der Konzern der SWB Stadtwerke Bonn ebenfalls an diesem Projekt teilnehmen.
4. Ende 2016 ist ein Zwischenbericht über die Aktivitäten vorzulegen.

Begründung

Die Antragsteller sehen sowohl im Hinblick auf einen geeigneten Klimaschutzbeitrag als auch im Hinblick auf die in den nächsten Monaten und Jahren aufgrund von den verschiedenen Brückenbaustellen zu erwartenden Verkehrsbehinderungen den dringenden Bedarf, zusammen mit dem städtischen Verkehrsunternehmen aber vor allem auch mit den Arbeitgebern in der Stadt Bonn gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Hierbei ist sicherlich die Etablierung von einem betrieblichen Mobilitätsmanagement bei den Arbeitgebern in Bonn eine wichtige und sinnvolle Maßnahme. Hierbei denken die Antragsteller nicht nur an die DAX-Unternehmen in Bonn, sondern auch an die Ministerien und Bundeseinrichtungen auf Bonner Stadtgebiet als auch sicherlich an die Einrichtungen der UN und der Uni Bonn, aber natürlich auch an klein- und mittelständische Firmen in Bonn.

Nicht nur, dass ein betriebliches Mobilitätsmanagement einen guten Beitrag zum Klimaschutz leisten kann, es kann auch ein Beitrag zur Entlastung der Verkehrssituation in Bonn und auf den Zufahrtsstraßen nach Bonn sein. Dies würde sowohl den Bonner Unternehmen als auch der Stadtgesellschaft also in doppelter Hinsicht helfen und gut tun.

Mobil-Pro.Fit ist ein Projekt zur Optimierung bzw. Verbesserung betrieblicher Mobilitätsabläufe und -angebote. Es wird aus Landesmitteln gefördert. Unternehmen (möglichst verschiedener Größe) sollen gewonnen werden, ihre betrieblichen Mobilitätsabläufe einmal extern unter die Lupe nehmen zu lassen. Dabei geht es um das Management einer ggf. vorhandenen Flotte von Firmenfahrzeugen, es geht um die Mobilität im Zusammenhang mit Dienstreisen und um die Mobilität der einzelnen Mitarbeiter. Dem VRS, als koordinierende Stelle, können mögliche Referenzunternehmen genannt werden, die dann mit einer Eigenbeteiligung von max. 5 T€ (abhängig von der Unternehmensgröße) an der Beratung teilnehmen.